

Avanti ²

Theoriebeilage

Gegen
Imperialismus
und Krieg

ISO Rhein-Neckar

KAPITALISMUS KRIEGE KRISEN



WAS TUN?

INHALT

TITEL

01 KAPITALISMUS

Was tun?

EDITORIAL / INHALT / FRANKREICH

02 FRANKREICH

Präsidentschaftswahlen

KRIEG

03 KAPITALISMUS

Was tun?

04 UKRAINE-KRIEG

Frauen auf der Flucht

05 OSTERMARSCH

„Die fünfte Kolonne Moskaus“?

06 KRIEGSTREIBER

Jetzt stoppen

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

der Krieg in der Ukraine hält an und damit die mörderische Vernichtung von unzähligen Menschenleben.

Der „freie“ Westen reagiert mit zunehmender Eskalation auf den Überfall der russischen Militärmacht. Die Folgen dieser Politik werden uns teuer zu stehen kommen.

In der Mai-Ausgabe von *Avanti*² müssen wir uns deshalb weiter mit dem Militarismus und seinen verheerenden Folgen auseinandersetzen.

Zudem berichten wir unter anderem über die Betriebsratswahlen und das BR-Mobbing bei der Dulger Firma ProMinent.

Die Theoriebeilage ist dem Kampf gegen Imperialismus und Krieg gewidmet.

Passt auf Euch auf!

Eure Redaktion

INHALT

BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

08 BR-WAHLEN

Welche Wege zum Erfolg?

10 PROMINENT

„Legal, illegal, ... egal“

ISO / POLITISCHE BILDUNG

11 KLASSENKAMPF

Militarismus und Aufrüstung?

RÜCKBLLENDE / TERMINE

12 POLITISCHER STREIK

„Verboten“

12 TERMINE

THEORIEBEILAGE

01 „ÜBERGANGSPROGRAMM“

Gegen Imperialismus und Krieg?

Titelbild: Torblockade bei Alstom Mannheim,
16. April 2014. Foto: BR Alstom.

„Macron wiedergewählt, der Kampf geht weiter!“

E. B.

Der neoliberale Amtsinhaber Macron hat die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen in Frankreich am 24. April 2022 deutlich gewonnen. Allerdings ist der Stimmenanteil seiner wichtigsten Konkurrentin, der Faschistin Le Pen, erneut gestiegen.

Macron konnte 58,54 % der abgegebenen gültigen Stimmen verbuchen. Le Pen kam auf 41,46 %.

Die Wahlenthaltung von 28,01 % ist die bisher zweithöchste in der Geschichte der „Fünften Republik“. Zudem gaben 6,35 % der Wählenden „weiße“ und 2,25 % ungültige Stimmzettel ab. Mehr als ein Drittel der Wahlberechtigten distanzierte sich also von Macron und von Le Pen.

Dies ist ein Ausdruck der tiefen Krise des etablierten politischen Systems in Frankreich.

Um der neoliberalen Rechten und der extremen Rechten besser entgegenzutreten zu können, befürwortet die NPA deshalb nicht nur den Aufbau einer kämpferischen Linken, sondern auch „Einheitskandidaturen“ bei den kommenden Parlamentswahlen.

Sie schlägt dafür ein Programm vor, das „den Macronismus herausfordert und mit der kapitalistischen Politik bricht“. Damit solle auch der weitere Aufstieg von Le Pen und Co. gestoppt werden.

Aus diesem Grund hat die NPA positiv auf die Einladung zu Gesprächen mit der *Union populaire* des Linksreformisten Mélenchon reagiert. Vor allem aber müsste durch eine „gemeinsame und dauerhafte Front unserer

Klasse“ Widerstand gegen die zu erwartenden sozialpolitischen Angriffe von „Macron II“ entwickelt werden.

Für all das seien „sowohl Einheit als auch Radikalität“ dringend erforderlich. ■



Demo gegen die extreme Rechte in Paris, 16. April 2022.

Foto: Photothèque Rouge /JMB.

Kapitalismus, Kriege, Krisen - Was tun?

H. N.

Der 1. Mai steht im Schatten des Krieges in der Ukraine und der von Kanzler Scholz angekündigten Aufrüstung.

Auch in Deutschland befinden sich Kriegstreiber im Angriffsmodus. Außer Teilen der politischen Kaste überbieten sich auch Medien- und Kulturschaffende – ja sogar Kirchenleute – mit militaristischem Geschrei und verteufeln die Antikriegsbewegung etwa als „5. Kolonne Moskaus“.

Gegen Krieg und Militarismus

Unsere gewerkschaftlichen Vorfahren haben 1918 durch die Novemberrevolution das Ende des Ersten Weltkriegs erzwungen und das Kaiserreich gestürzt. Die damals mögliche Überwindung des Kapitalismus durch eine sozialistische Demokratie wurde jedoch blutig unterdrückt. Das war das Werk einer konterrevolutionären Koalition aus Kapital, Politik und Militär. Ihr Sieg bereitete den Aufstieg des Faschismus in Deutschland und den des Stalinismus in Russland vor.

Weitere Waffenlieferungen und Aufrüstung werden den Krieg in der Ukraine weder beenden noch verkürzen. Im Gegenteil. Das Morden und das Verstümmeln werden noch schrecklichere Ausmaße annehmen. Kriege um Macht und Einfluss der Herrschenden fordern von den arbeitenden Klassen sinnlose Opfer, ob als uniformiertes Kanonenfutter oder als ziviles Bombenopfer.

Nein zur Aufrüstung

Bundeskanzler Scholz schwadronierte jüngst im Bundestag von einer „Zeitenwende“. Und leitete mit seinem 100 Milliarden-Coup eine Wende zu noch massiverer Aufrüstung und Umverteilung von unten nach oben ein.

Den Ukrainekrieg nutzen Konzerne als Vorwand für eine beispiellose Preistreiberei. Durch Spekulation sammeln Kriegsgewinnler (Waffen-, Öl-, Gas-, Energie-, Chemie-, Lebensmittelfirmen ...) Milliarden ein, ohne dass die Regierung dagegen aktiv wird. Jede Steigerung von Ausgaben für Rüstung und Militär sollen wir zudem durch Steuererhöhungen und Abbau von Sozialleistungen finanzieren.

Flankiert wird dieses Geschehen durch eine intensive Propaganda. Sprachrohre der herrschenden Klasse verkünden un-

entwegt, das „wir alle“ durch den Ukrainekrieg und die Kriegsfolgen ärmer würden.

Armut ist für viele Millionen auch hierzulande schon längst Realität. Aber offenbar wollen sie weitere Angriffe nicht nur auf unsere Geldbeutel, sondern auch auf unsere demokratischen und sozialen Rechte vorbereiten. Frei nach dem Motto: „Maßhalten und Maulhalten!“

Offensiv gegen Teuerung

Gewerkschaften sind jetzt gefordert, eine offensive und konfliktbereite Lohnpolitik vorzubereiten. Das bisherige Kleinklein einer unkoordinierten und zaghaften Tarifpolitik ist überholt.

Branchenübergreifend gebündelte Tarifrunden können eine Änderung zu unseren Gunsten herbeiführen. Vereinheitlichte Entgeltforderungen müssen den Reallohnabbau stoppen. Profite sind antastbar.

Zudem können wir von anderen Ländern lernen. Dort sind automatische Anpassungen der Löhne und Gehälter an die Preissteigerungen von den Gewerkschaften durchgesetzt worden.

Wir meinen: Statt Geld für die Aufrüstung brauchen wir ein 100 Milliarden-Programm gegen Armut und für Klimaschutz, Pflege, Arbeit und Ausbildung.

Klassenkampf von oben

Kapitalstrategien werden auch in Deutschland aggressiver – „wirtschaftlich“ und politisch. Rechte für Beschäftigte und Betriebsräte, Tarifverträge und Gewerkschaften gelten schon viel zu oft als „Hindernisse“ für Profitmaximierung.

Das aktuelle BR-Mobbing bei der Firma ProMinent ist auch deshalb ein Alarmsignal. Denn der Präsident des wichtigsten deutschen Kapitalverbandes BDA, R. Dülger, ist Miteigentümer und Mitglied der Geschäftsleitung. Sie will den bisherigen BR-Vorsitzenden kündigen.

Mit der „Digitalisierung“ und einem grünlackierten Kapitalismus streben Kapital & Politik eine grundlegende Transformation der Arbeitswelt an. Durch die beschleunigte Prekarisierung, Verlagerung, Vernichtung und Zerstückelung von Arbeit

soll das Kräfteverhältnis noch mehr zu Gunsten des Kapitals verschoben und die verbliebene Schutzmacht von Gewerkschaften entscheidend geschwächt werden.

Organisierende Gegenmacht

Gegen diesen Klassenkampf von oben hilft kein Kuschelnkurs. Statt des Traums von der „Sozialpartnerschaft“ brauchen wir organisierte und organisierende gewerkschaftlich Gegenmacht.

Unsere Aufgabe ist es, geduldig solidarischen Widerstand zu entwickeln. Das erfordert aktive „kämpferische Kerne“ in den Betrieben, in den Gewerkschaften und in der Gesellschaft. Sie müssen sich vernetzen und demokratisch organisiert handeln.

Nur so können wir unsere Rechte aktiv verteidigen und Vereinzelung überwinden. Wir können dann auch besser wirtschaftliche Ausbeutung, Arbeitsplatzvernichtung, soziale Ungleichheit, politische Entmündigung, hemmungslose Naturzerstörung und zynische Menschenverachtung bekämpfen.

Gleichzeitig können wir so entschiedener Kriegshetze, Nationalismus, Rassismus, Sexismus und braunem Populismus entgegentreten.

Eine demokratische und solidarische Alternative der 99 % zum Kapitalismus der 1 % ist möglich und durchsetzbar. Hierzulande, in Europa und weltweit.

Wir wissen, dass diese Perspektive nur durch den Aufbau einer starken sozialen und ökologischen Front durchzusetzen ist. Dafür lohnt es sich, gemeinsam zu kämpfen. ■



Frauen als Opfer des Ukraine-Kriegs

N. B.

Der Krieg in der Ukraine hat für die Bevölkerung verheerende Auswirkungen. Frauen dürfen im Gegensatz zu den meisten Männern das Land verlassen.

Krieg bedeutet jedoch für Frauen zusätzlich zu der direkten Gefahr durch militärische Angriffe besondere Lasten und Bedrohungen.

Belastende Sorgearbeit

Die Versorgung von Kindern und anderen Bedürftigen wird größtenteils von Frauen übernommen. In Zeiten des Krieges sind sie dabei noch mehr auf sich gestellt und müssen mit existenziellen Nöten umgehen. Sorgearbeit im Krieg ist enorm gefährlich und belastend.

Sexualisierte Gewalt

Die Gefahr sexualisierter Gewalt nimmt durch den Krieg zu. Die Traumatisierung vieler Soldaten und existenzielle Ängste mögen dabei eine nicht unerhebliche Rolle spielen. Insbesondere aber verschärfen sich Abhängigkeiten, und Frauen sind der durch den Krieg vervielfachten Gewalt zunehmend schutzlos ausgeliefert. Sie werden mitunter dazu gezwungen, ihren Körper als „Zahlungsmittel“ für vermeintliche Helfer einzusetzen.

Zunehmender Menschenhandel

Auch Menschenhandel und Zwangsprostitution nehmen in Kriegen enorm zu. So gibt es bereits zahlreiche Berichte über Zwangsprostitution flüchtender Frauen aus der Ukraine.

Dabei sind nicht alle Frauen gleichermaßen diesen Gefahren ausgesetzt. Wer mit genügend Kapital ausgestattet ist, kann sich im Ausland schnell ein relativ selbstbestimmtes Leben aufbauen. Frauen der arbeitenden Klasse aus prekären Verhältnissen

haben diese Möglichkeit nicht. Ihre Abhängigkeit von Hilfe macht sie besonders verletzlich und gefährdet.

Diskriminierung Geflüchteter

Noch drastischer ist die Lage der von Rassismus betroffenen Frauen. Rassistisch diskriminierte Menschen wurden und werden von ukrainischen Streitkräften und Freiwilligen immer wieder an der Ausreise aus der Ukraine gehindert. In Polen waren und sind sie rassistischen Angriffen ausgesetzt. Wer nicht „ukrainisch genug“ aussieht, wird mitunter auch in Deutschland von der Polizei aus Zügen mit ukrainischen Geflüchteten „aussortiert“.

Im Gegensatz zu Geflüchteten mit ukrainischem Pass sind migrantische Studierende, Rom*nja und Arbeitsmigrant*innen ohne ukrainischen Pass auch in Deutschland den regulären strukturellen Diskriminierungen ausgesetzt. Sie dürfen nicht arbeiten, erhalten eine Wohnsitzauflage und müssen als Drittstaatsangehörige einen Asylantrag mit geringen Erfolgsaussichten stellen.

Sichere Asylunterkünfte?

Für die nach Deutschland geflüchteten Frauen ist die Gefahr sexualisierter Gewalt keineswegs gebannt. In den Asylunterkünften gibt es in der Regel keine Rückzugsmöglichkeiten oder Schutzräume. Hinzu kommt die Isolation in Erstaufnahmeeinrichtungen und in abgelegenen kommunalen Unterkünften. Vom Krieg und von der Flucht traumatisierte Frauen können hier kaum Schutz und Sicherheit finden.

Notwendige Solidarität

Seit Beginn des russischen Angriffskriegs und der aktuellen Fluchtbewegung hat sich viel wichtige und gute praktische Unterstützung für die Geflüchteten entwickelt. Gleichzeitig braucht es aber strukturelle Unterstützung und Veränderung:

- Unbürokratische dezentrale Unterbringung nach den Bedarfen der Menschen
- Wirksame Gewaltschutzkonzepte auch in Asylunterkünften
- Übersetzungen von Informationen und Hilfe bei Behörden
- Durchbrechung der sozialen Isolation
- Anbindung an Kinderbetreuungseinrichtungen, an Schulen, an Deutschkurse und soziale Netzwerke
- Recht auf Arbeit für alle.

Überholter Kapitalismus

Der Ukraine-Krieg ist nur ein weiterer Beleg für die Gefährlichkeit des längst überholten herrschenden Wirtschafts- und Gesellschaftssystems, in dem die einen über die anderen verfügen und sich an ihnen bereichern können.

Die Forderung „Nie wieder Krieg!“ kann erst in einer Welt endlich Realität werden, die die kapitalistische Klassengesellschaft durch eine sozialistische Demokratie überwunden hat. ■



Protest in Mannheim gegen den Ukraine-Krieg, 26. Februar 2022.

Ostermarsch Mannheim

Die Kriegslogik brechen, den Frieden erkämpfen.

K. S.

Am Samstag, den 16. April 2022, fand der diesjährige Ostermarsch in Mannheim statt. Unter dem Motto „Für Frieden, stoppt den Krieg in der Ukraine!“ demonstrierten über 400 Menschen durch die Innenstadt. Sie forderten einen sofortigen Waffenstillstand und die Aufnahme von ernsthaften Friedensverhandlungen.

Waffenlieferungen wurden in den Kundgebungsreden unmissverständlich abgelehnt. Sie würden die Kriegshandlungen nur weiter ausdehnen und das Leid vor allem der Zivilbevölkerung verlängern. Stattdessen müsse der Kampf für den Frieden als einzige realistische Perspektive im Interesse der großen Mehrheit der Bevölkerungen geführt werden. Dies sei umso dringlicher angesichts der beiden die gesamte Menschheit bedrohenden Gefahren der Klimakatastrophe und des atomaren Vernichtungspotenzials.

Nein zum russischen Angriffskrieg!

Zum Auftakt auf den Kapuzinerplanken sprach Hedwig-Sauer-Gürth vom Friedensbündnis Mannheim. Sie forderte „eine zivile Sicherheitspolitik auf der Basis von Kooperation statt Konfrontation“. Dem Aufrüstungsdrang der Bundesregierung und der NATO erteilte sie eine klare Absage. Zudem dürfe die Coleman-Kaserne in Mannheim-Sandhofen nicht weiter eine Drehscheibe für Militärmanöver und Lieferungen für Kriegsmaterial sein.

Auch Ralf Heller, DGB-Kreisvorsitzender und Betriebsratsvorsitzender des Universitätsklinikums Mannheim, wandte sich eindeutig gegen den Rüstungsirrsinn der vom parteipolitischen Mehrheitsblock befördert werde.

Die Verurteilung des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine war schon beim Auftakt des Ostermarschs ebenso unüberhörbar wie die Ablehnung militärischer Mittel zur „Konfliktlösung“. Umso mehr gelte es, stattdessen humanitäre Hilfe zu stärken. Statt einhundert Milliarden Euro für die weitere Aufrüstung der Bundeswehr auszugeben, sollten diese Gelder für Bildung, Gesundheit sowie Umwelt- und Klimaschutz investiert werden.

Nach der Demonstration durch die Innenstadt fand auf dem Schillerplatz die Abschlusskundgebung statt. Sie wurde musikalisch umrahmt von Bernd Köhler und Joachim Romeis mit Gitarre, Geige und Gesang. Hervorragend interpretierte Lieder wie „Nie wieder Krieg“ und „Die Herren der Welt“ zeigten auf, wie schon in früheren Zeiten Kriegstreiber und Rüstungsproduzenten ihre blutigen Geschäftsinteressen durchsetzten.

Nein zur Aufrüstung durch die NATO!

Tobias Pflüger von der Informationsstelle gegen Militarisation (IMI) in Tübingen befasste sich in seiner Rede vor allem mit der sich verschärfenden und polarisierenden Debatte um den Ukraine-Krieg.

Zentral sind dabei laut Pflüger die Rüstungspläne von Kanzler



Musikalischer Abschluss am Schillerplatz, 16. April 2022.

Foto: Avanti!²

Scholz und der neuen Bundesregierung. Die geplante Festschreibung eines Sondervermögens von 100 Milliarden Euro im Grundgesetz solle dauerhaft auch kommende Regierungen auf weitere Aufrüstung festlegen. Dagegen gelte es zu protestieren – unter anderem mit der Unterstützung des Appells „Nein zum Krieg“.

Klar sei, dass solche Ausgaben fürs Militär nur zum Preis von Kürzungen in anderen, vor allem sozialen Bereichen erkaufte werden sollen. Der neue Militarismus werde die sozialen Spaltungen im Land vertiefen. Massive Einbußen bei der Kaufkraft aufgrund von Teuerung und Inflation seien unmittelbare Folgen des Krieges in der Ukraine.

Maximilian Heßlein, Sozialpfarrer vom evangelischen Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt brachte zum Abschluß des Ostermarschs nachdrücklich seine vielfache Sorge zum Ausdruck – Sorge vor allem um die Menschen in der Ukraine, aber auch um die Menschen in Russland und Sorge um die Zukunft nicht nur Westeuropas, sondern der ganzen Welt.

Der Ostermarsch setzte somit gerade vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges und einer massiven Stimmungsmache für weitere Aufrüstung einen unverzichtbaren antimilitaristischen und friedenspolitischen Kontrapunkt. ■

Stellungnahme der ISO zum Ukraine-Krieg

**Waffenstillstand sofort!
Russische Armee raus aus der Ukraine!
Die Kriegstreiber in Ost und West stoppen!
Nein zu Krieg und Aufrüstung!**

Vorbemerkung

Der Überfall russischer Streitkräfte auf die Ukraine bewegt Menschen weltweit. Diskussionen jeder Art entzündeten sich an diesem Krieg. In der veröffentlichten Meinung der kapitalistischen Staaten, in der politischen Linken, in den Friedensbewegungen, in Gewerkschaften und Parteien: Überall versuchen die Menschen die neue Situation zu verstehen. Auch in der ISO diskutieren wir lebhaft und engagiert miteinander.

Wir veröffentlichen deshalb in unregelmäßigen Abständen Erklärungen zum Krieg in der Ukraine. Wir sind – wie viele andere auch – in einem Prozess der Meinungsbildung. Wir verfügen über einen großen Vorrat an Erkenntnissen aus der Geschichte und der Geschichte unserer eigenen Strömung, aber wie immer sind dies keine unumstößlichen Weisheiten, die für alle Zeit in Stein gemeißelt sind. Die Lehren aus der Geschichte müssen jedes Mal neu auf die Wirklichkeit angewendet werden.

Dieser Herausforderung stellen wir uns, und dies spiegelt sich auch in einer laufenden Aktualisierung unserer Erklärungen wider.

Nein zum Überfall des Putin-Regimes auf die Ukraine

Der verbrecherische Überfall der russischen Kriegsmacht auf die Ukraine ist eine humanitäre Katastrophe. Tausende Menschen sind schon jetzt ermordet worden, Zehntausende verwundet, Millionen sind traumatisiert und auf der Flucht. Außer militärischen werden vermehrt auch zivile Objekte angegriffen und zerstört. Nur knapp ist bisher eine atomare Katastrophe verhindert worden. Ein Ende der Kriegsgreuel ist nicht in Sicht.

Von Carl von Clausewitz stammt der berühmte Satz: „Der

Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.“ Für den Krieg in der Ukraine gilt: „Dieser Krieg ist die Fortsetzung der imperialen Klassenpolitik der Herrschenden Russlands mit anderen Mitteln.“

Putin ist der „starke Mann“ des russischen Oligarchenkapitalismus. Das strategische Ziel der Herrschenden in Russland ist die Ausweitung ihres Einflusses. Putin setzt die Politik des Zarenreichs und der Diktatur Stalins gegenüber Nachbarstaaten Russlands fort. Deshalb propagiert Putin einen großrussischen Chauvinismus. Zudem wird auch in Russland selbst und in den von Russland abhängigen Staaten, wie vor wenigen Wochen in Kasachstan, jede Art von Protest, Opposition, Streik und Massenbewegung brutal unterdrückt.

Unsere Haltung zum Ukraine-Krieg ist eindeutig. Wir verurteilen ihn als menschenverachtenden Akt des kapitalistisch-oligarchischen Putin-Regimes. Wir sind für den umgehenden Abzug der russischen Armee aus der Ukraine.

Wir verteidigen das Selbstbestimmungsrecht der Ukraine und der dort lebenden Völker. Die Ukrainer*innen haben das Recht, sich gegen den Überfall zu verteidigen. Wir sind für uneingeschränkte humanitäre Hilfe für alle Opfer des Krieges und die Aufnahme aller Flüchtlinge.

Wir sind insbesondere mit den Kräften in der Ukraine solidarisch, die sich gegen Putins Überfall stellen, die die Menschen- und Grundrechte verteidigen und die gegen die Ausplünderung ihres Landes kämpfen.

Natürlich stehen wir auch auf der Seite der mutigen Antikriegsproteste in Russland und verurteilen die Verhaftungen und weitgehende Repression.

Weitere Waffenlieferungen und Aufrüstung werden den Krieg nicht beenden – im Gegenteil. Wir beteiligen uns deshalb aktiv an antimilitaristischen Protesten und treten für ihre Ausweitung ein.

Millionen von Menschen in aller Welt sind auf den Straßen gegen die Geißel der Menschheit, gegen die Schrecken des Krieges. Zurecht! Tod, Elend, Vertreibung, Flucht treffen in jedem Krieg die normalen Menschen. Die Verantwortlichen, die Befehlshaber und Profiteure des Krieges sitzen weit ab in Sicherheit.

Der imperialistische Krieg des Putin-Regimes gegen die Ukraine ist für die NATO und alle militaristischen Kräfte ein willkommenes Geschenk. Insbesondere in Deutschland hat dies dazu beigetragen, dass die pazifistische Grundstimmung derzeit in eine beachtliche Unterstützung für den Aufrüstungskurs der Bundesregierung gekippt ist.

Gegen Aufrüstung und Krieg

Im Jahr 2020 betrogen laut dem schwedischen Friedensfor-



Ostermarsch Mannheim, 16. April 2022.

Foto-Avanti?

schungsinstitut SIPRI die weltweiten Militärausgaben rund zwei Billionen US-Dollar. Die der NATO-Staaten Deutschland, Britanien und Frankreich beliefen sich im selben Jahr auf rund 165 Milliarden Dollar und die der USA auf 778 Milliarden. In der Summe wären dies das Fünfzehnfache der russischen Rüstungsausgaben.

SIPRI zufolge hatte Deutschland bereits 2020 mit 52,8 Milliarden Dollar den siebtgrößten Rüstungsetat der Welt. Die BRD gab damit „nur“ 8,9 Milliarden weniger als Russland (62 Milliarden Dollar) aus. Die deutschen Militärausgaben stiegen in den letzten zehn Jahren um 28 Prozent.

Mit den globalen Militärausgaben könnte weltweit der Hunger beseitigt, Pandemien bekämpft, die Klimakatastrophe abgewehrt und Bildung für alle finanziert werden. Kriege um Macht und Einfluss der Herrschenden fordern von den arbeitenden Klassen sinnlose Opfer, ob als uniformiertes Kanonenfutter oder als ziviles Bombenopfer.

Bundeskanzler Scholz schwadronierte jüngst im Bundestag von einer „Zeitenwende“. Mit seinem Coup leitete er die Wende zu noch massiverer Aufrüstung und Umverteilung von unten nach oben ein. Zusätzlich zu einem im Grundgesetz zu verankernden „Sondervermögen“ von 100 Milliarden Euro sollen jährlich mehr als zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Bundeswehr zur Verfügung gestellt werden. Der „Verteidigungshaushalt“ von 52,8 Milliarden US-Dollar (2020) stieg damit auf über 70 Milliarden pro Jahr.

Die Steigerung der Rüstungsausgaben wird diesen Krieg weder beenden noch verkürzen. Allerdings sind die Aktienkurse der deutschen Rüstungskonzerne in wenigen Tagen um bis zu 89 Prozent gestiegen. Und bezeichnenderweise sieht die Bundesregierung bisher dem hemmungslosen Treiben der Kriegsgewinnler (Öl-, Energie-, Chemie-, Rüstungskonzerne ...) tatenlos zu.

Die Herrschenden haben nicht nur in Deutschland einen massiven Wirtschaftskrieg gegen Russland begonnen. Dieses Vorgehen wird verharmlosend „Sanktionen“ genannt. Aber wird es durch diese Sanktionen für das Putin-Regime unmöglich, den Krieg weiter zu finanzieren? Das Geld, das in Steueroasen geparkt ist, hat keinen Pass auf dem „Russisch“ steht. Die Aktienpakete und Investmentfonds kennen kein „Vaterland“. Die Oligarchen Russlands sind auf Engste verschmolzen mit den Konzernen und Milliardenären überall auf der Welt.

Was tun?

Demos sind gut, aber nicht ausreichend. Warum sollten wir keine Friedenspausen in Betrieben, Schulen und Unis gegen den Ukraine-Krieg und gegen die Aufrüstung organisieren?

Es ist dringend erforderlich, eine breite, internationale Bewegung gegen den Krieg in der Ukraine und gegen alle Kriegstreiber aufzubauen.

Heute steht das Ende des Krieges in der Ukraine im Vordergrund. Darüber hinaus sehen wir als internationale Sozialist*innen, dass es in einem sich verschärfenden Konflikt Russland – NATO keine gerechte Seite gibt.

Unsere Perspektive ist eine andere. Wir sind für:

- die sofortige Beendigung des russischen Angriffs auf die Ukraine
- den Rückzug der russischen Armee aus der Ukraine und ihren Grenzgebieten sowie der NATO-Truppen aus Osteuropa
- uneingeschränkte humanitäre Unterstützung der Zivilbevölkerung und die demokratisch kontrollierte Verteilung von Hilfsgütern



Ostermarsch Mannheim, 16. April 2022.

Foto-Avanti².

- die entschädigungslose Enteignung der Auslandsvermögen vor allem der russischen aber auch der ukrainischen Oligarchen, um damit die humanitäre Hilfe für alle Kriegsoffer zu bezahlen
- die politisch uneingeschränkte Unterstützung aller, die in Russland für ein Ende des Krieges und für die Einhaltung der Menschen- und Grundrechte eintreten
- die äußerst wichtige Solidarität mit den sozialen, demokratischen und sozialistischen Kräften in Russland und der Ukraine
- die Aufnahme aller Flüchtenden aus der Ukraine und einen sofortigen Stopp der ungleichen Behandlung anderer Flüchtender – gleiche Rechte für alle
- unkomplizierte Aufnahme von Flüchtenden aus Russland und desertierender Soldaten
- die Unterstützung aller, die sich dem Krieg entziehen durch Flucht, Kriegsdienstverweigerung und Desertion
- die Vernichtung aller Atomwaffen und die Stilllegung aller Atomkraftanlagen
- den Rückzug aller deutschen Truppen aus dem Ausland
- den Stopp der weiteren Aufrüstung der Bundeswehr
- die Umwandlung des 100 Milliarden Euro umfassenden „Sondervermögens“ und des jährlichen Rüstungsbudgets von 70 Milliarden Euro in einen demokratisch kontrollierten öffentlichen Fonds für alternative Friedenssicherung, soziale Verteidigung, Bildung, Gesundheit und Klimaschutz
- die Vergesellschaftung und den Umbau der Rüstungsindustrie sowie für den Einzug der Extraprofiten der Kriegsgewinnler (Rüstungs-, Öl-, Gas- und Stromkonzerne ...) und ihre demokratisch kontrollierte Umverteilung für soziale und ökologische Zwecke
- den Austritt Deutschlands aus der NATO und deren Auflösung
- internationale Klassensolidarität gegen die „Oligarchen“ überall auf der Welt!

Wir wissen, dass diese und mögliche andere Forderungen nur durch eine starke und gut vernetzte antimilitaristische soziale Bewegung sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene durchzusetzen ist. Wir wissen auch, dass es dafür einer massiven Stärkung von organisierter und organisierender Gegenmacht der arbeitenden Klasse bedarf. Dafür setzen wir uns gemeinsam mit anderen ein.

Unser Leben ist mehr wert als ihre Profite!

Koordination der ISO, 27. März 2022 ■

BR-Wahlen 2022

Welche Wege führen zum Erfolg?

Bis Ende Mai finden die Betriebsratswahlen statt. Millionen Kolleginnen und Kollegen entscheiden dabei über die Zusammensetzung ihrer Interessenvertretungen. Diese ist gerade in zunehmend rauer werdenden Zeiten von sehr großer Bedeutung. Ein schwacher Betriebsrat wird kaum die Interessen der Beschäftigten vertreten, ein starker hat hingegen viel mehr Einflussmöglichkeiten. Für ein erfolgreiches Abschneiden bei den BR-Wahlen ist jedoch nicht nur ein aktiver Wahlkampf erforderlich. Um mehr zu erfahren, haben wir mit Christa, der Betriebsratsvorsitzenden eines größeren Industriebetriebes in der Region, gesprochen und sie zum Ausgang der dortigen Betriebsratswahl befragt.*

Am 6. April hat bei Euch die Betriebsratswahl stattgefunden und die Gewerkschaftsliste hat einen wichtigen Erfolg errungen. Wie bewertest Du das Ergebnis?

Christa: Wir haben mit Abstand die meisten Stimmen bei der BR-Wahl erhalten und stellen mit 8 gewählten BR-Mitgliedern seit längerer Zeit wieder die Mehrheit im neuen 15-köpfigen BR-Gremium. Dies war keine Selbstverständlichkeit vor dem Hintergrund einer schon seit langem anhaltenden Stimmungsmache sowohl seitens der Geschäftsleitung als auch der bisherigen Betriebsratsmehrheit. Sie waren nicht erfreut über unsere bisherige, an den Belegschaftsinteressen ausgerichtete Betriebsratsarbeit. Immerhin mussten wir uns gegen sieben andere Listen durchsetzen.

Wieso gab es so viele Listen?

Christa: Eigentlich sollte in diesem Jahr wieder eine Persönlichkeitswahl stattfinden. Das jedenfalls war der Wunsch der Belegschaft, für den sich auch unser gewerkschaftlicher Vertrauensleutkörper stark gemacht hatte. Die Gewerkschaft hatte deshalb eine offene Liste für alle Kandidatinnen und Kandidaten angeboten.

Nach zwei Amtsperioden mit Listenwahl wollte die Belegschaft endlich wieder mehr Einfluss auf die Zusammensetzung des Betriebsrats nehmen und nicht nur eine Stimme für eine Liste abgeben.

Dazu kam es dann aber leider nicht, weil einzelne Betriebsratsmitglieder und Nachrücker glaubten, durch das Legen einer eigenen Liste eine persönlich bessere Ausgangssituation bei der Wahl zu errei-

chen. Deshalb haben sie eine erneute Listenwahl erzwungen. Es sind dann, wie bereits erwähnt, insgesamt sieben Listen zur Wahl angetreten.

Was war der Schlüssel zu Eurem Erfolg?

Christa: Für unseren Erfolg war das Zusammenspiel verschiedener Faktoren verantwortlich. Dazu gehören vor allem unsere bisherige aktive Gewerkschaftspolitik in der Firma und unsere Betriebsratsarbeit. Beides hat uns schon vor der Wahl in der Belegschaft glaubwürdig gemacht.

Der regelmäßige persönliche Kontakt mit den Kolleginnen und Kollegen war dabei ausschlaggebend. Unser Wahlprogramm hat ganz klar die Interessen und das Einbeziehen der Belegschaft als Richtschnur unseres Handelns betont und unser gemeinsames Verständnis von Betriebsratsarbeit zum Ausdruck gebracht.

Außerdem haben wir uns schon sehr früh und intensiv auf die BR-Wahl mit einem Arbeits- und Aufgabenplan vorbereitet. Bei regelmäßigen Treffen haben wir große Unterstützung und fachkundige Beratung durch erfahrene Gewerkschafts- und Betriebsratsmitglieder erhalten.

Nicht zuletzt konnten wir uns auf die Unterstützung des gewerkschaftlichen Vertrauensleutkörpers verlassen, den wir schon seit Jahren systematisch entwickeln. Neben vielen Vertrauensleuten haben alle unsere Kandidatinnen und Kandidaten aktiv am Wahlkampf teilgenommen.

Wie wollt ihr diesen Erfolg über die nächsten 4 Jahre absichern?

Christa: Unsere Betriebsratsarbeit wollen wir vor allem transparent gestalten. Das soll dadurch geschehen, dass wir die Belegschaft regelmäßig informieren. Zum



Europäischer Aktionstag bei Bombardier Mannheim, 16. Juli 2020.

Foto: helmut-roos@web.de.

Beispiel mit regelmäßigen Abteilungs- und Betriebsversammlungen, aber auch mit BR-Informationen.

Zudem wollen wir unsere Kolleginnen und Kollegen aktiv an der Bearbeitung der betrieblichen Themen beteiligen. Dazu gehört natürlich die verstärkte Einbeziehung der gewerkschaftlichen Vertrauensleute als wichtigstes Netzwerk in der Belegschaft.

So können wir gewährleisten, dass wir rechtzeitig von den tatsächlichen Problemen und Anliegen der Belegschaft erfahren und gemeinsam nach den bestmöglichen Lösungen suchen können.

Als besonders wichtig erachten wir die persönliche Kontaktpflege, die jedenfalls zum Teil auch das soziale und kulturelle Leben nicht ausschließt.

Eine zentrale Aufgabe wird außerdem für uns darin bestehen, die Angestellten und vor allem die Kolleginnen noch stärker in unsere Arbeit zu integrieren.

Darüber hinaus gilt es, auch unser theoretisches Wissen durch Seminarbesuche auszubauen und immer wieder aufzufri-



Betriebsversammlung bei Bombardier Mannheim, 16. Juli 2020.

Foto: helmut-roos@web.de.

schen. Solche Schulungen wollen wir auch für die Nachrückerinnen und Nachrücker im Betriebsrat ermöglichen.

Wir bedanken uns für das Gespräch

und wünschen Dir und Deinem Gremium viel Erfolg bei den Herausforderungen der nächsten vier Jahre! ■

* [Die Fragen stellte O. T. am 24. April 2022.]

Nach den Betriebsratswahlen 2022 Wie weiter?

Frühjahrsseminar der ISO Rhein-Neckar in Mannheim Samstag, 21. Mai 2022, von 13 bis 19 Uhr

In einem entspannten Rahmen wollen wir Euch Unterstützung für eine erfolgreiche Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit anbieten und uns mit Euch austauschen.

Unser Seminar richtet sich an alle, die sich im betrieblichen und gewerkschaftlichen Bereich für die konsequente Durchsetzung von Beschäftigteninteressen engagieren.

Wir freuen uns über die Teilnahme von aktiven Vertrauensleuten, BR-Mitgliedern und Interessierten.

Wir wollen mit Euch gemeinsam Antworten auf folgende Fragen suchen:

1. Was heißt strategische Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit?
2. Wie können wir unsere Kandidaturen bei den diesjährigen Betriebsratswahlen bewerten?
3. Wie geht es jetzt im Betrieb weiter? (Diskussion in Arbeitsgruppen)
4. Welches Fazit können wir ziehen und welche Verabredungen können wir treffen?

Nach dem Seminar wollen wir den Abend mit einem gemeinsamen Essen ausklingen lassen. ■

Anmeldung

Unser Seminar findet in geeigneten Räumlichkeiten in Mannheim unter strikter Einhaltung der Corona-AHA-L-Regeln statt.

Ein 3-G-Nachweis ist für die Teilnahme zwingend erforderlich.

Wir freuen uns auf Eure verbindlichen Anmeldungen – entweder direkt bei unseren Genoss*innen oder bei:

ISO Rhein-Neckar
Postfach 1026110
68026 Mannheim

Tel./Fax: +49 (0) 621 /429 481 54,
E-Mail: info@iso-4-rhein-neckar.de.

Dulger-Firma ProMinent Mit „Verdachtskündigung“ gegen BR

H. N.

Schon seit mehreren Jahren wird bei ProMinent Heidelberg der aktive, in der IG Metall (IGM) organisierte Betriebsrat (BR) bekämpft.

Von besonderer Bedeutung ist dieses Treiben, weil Rainer Dulger, Miteigentümer und Mitglied der dreiköpfigen Geschäftsleitung des Unternehmens ist. R. Dulger ist Präsident der „Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e. V.“ (BDA), des wichtigsten deutschen Kapitalistenverbandes.

In den letzten Monaten vor den Betriebsratswahlen hatte das ProMinent-Management seine Angriffe planmäßig verschärft. Offensichtlich will es massive Verlagerungen von Arbeitsplätzen ins Ausland durchführen und sieht deshalb einen handlungsfähigen BR als Hindernis an.

BR-Mobbing ohne Ende?

Gerichtliche Anfechtungen von Betriebsrats-Beschlüssen, Verleumdung des BR in der Belegschaft („unkooperativ“, „zu teuer“, „gefährdet Arbeitsplätze“, „blockiert notwendige Unternehmensentscheidungen“, „schadet der Firma in der Öffentlichkeit“ ...), Behinderung des gewerkschaftlichen Engagements in der IGM, finanzielle Angebote an aktive Betriebsräte für das Aufgeben ihres Mandats und das Verlassen der Firma, Kündigungsandrohungen gegen den bisherigen Betriebsratsvorsitzenden und seinen Stellvertreter während einer Einigungsstellensitzung zum Gesundheitsschutz (!) in Anwesenheit von drei externen Juristen, die Gründung einer firmengesteuerten Liste „Pro ProMinent“, persönliche Einschüchterung von IGM-Kandidatinnen für die Betriebsratswahlen, Beschädigung und Entfernen von Wahlaushängen der IGM-Liste, massiver Druck von leitenden Angestellten auf Beschäftigte „richtig“ zu wählen – die Aufzählung der gesetzeswidrigen Machenschaften der Geschäftsleitung und ihrer Handlager ist lang und sie wird immer länger.

Bei den BR-Wahlen am 5. April 2022 „siegte“ die gelbe Liste trotz intensivster Schützenhilfe durch das Management dennoch nur mit ganzen 6 Stimmen vor der IGM-Liste. Es ist offensichtlich, dass das Wahlergebnis durch Verstöße beeinflusst wurde, die im Nachhinein nicht mehr korrigiert werden konnten.

In einem solchen Fall ist es sehr wahrscheinlich, dass ein Gericht die Ungültigkeit der Betriebsratswahl feststellt. Allerdings hätten dazu drei wahlberechtigte Betriebsangehörige oder die zuständige Gewerkschaft die Wahl auch anfechten müssen. Dies ist leider nicht geschehen.

Laut einem Bericht der örtlichen *Rhein-Neckar-Zeitung* vom 7. April 2022 wollte der Bevollmächtigte der IG Metall Heidelberg, Geiger, nach der Wahl „kein weiteres Öl ins Feuer gießen“. Er wird mit der Aussage zitiert: „Die Belegschaft hat entschieden und wir schauen uns das jetzt an und entscheiden, wie wir jetzt damit umgehen.“

„Verdachtskündigung“ als Waffe

Wie zu befürchten war, führte die Geschäftsleitung nach den Betriebsratswahlen ihr BR-Mobbing konsequent fort. Sie setzte

dazu das in solchen Fällen übliche Mittel der „Verdachtskündigung“ ein. Es steht zwar in völligem Widerspruch zu dem ansonsten geltenden Rechtsgrundsatz „im Zweifel für den Angeklagten“, ist aber legal. Das ist kein Zufall, sondern ein bis heute nicht beseitigtes Erbe des faschistischen „Arbeitsrechts“!

Am 13. April 2022 überreichte das Management dem Betriebsrat einen „Antrag auf Zustimmung zur außerordentlichen und fristlosen, verhaltensbedingten Kündigung“ des bisherigen BR-Vorsitzenden. Eine ernstzunehmende Begründung für diese „Verdachtskündigung“ gibt es offenbar nicht. Deswegen hat das zu diesem Zeitpunkt noch amtierende „alte“ BR-Gremium dem Antrag widersprochen.

Wenige Tage später beantragte die Unternehmensführung erneut die Zustimmung zur Kündigung, nun aber beim neu konstituierten Betriebsrat. Am 25. April 2022 hat dieser ebenfalls eine Ablehnung beschlossen.

Am Tag danach ist durch einen Pressebericht bekannt geworden, dass die Unternehmensführung bereits am 21. April 2022 beim Arbeitsgericht Mannheim (Kammern Heidelberg) einen „Zustimmungsersetzungsantrag“ eingereicht hat. Ein „Gütetermin“ ist auf den 12. Mai 2022 festgesetzt worden. Sollte es dabei zu keiner „gütlichen Einigung“ kommen, beginnt das Hauptverfahren vor der zuständigen Kammer.

Solidarität erforderlich

In einer Mitteilung des Mannheimer Komitees „Solidarität gegen Betriebsrats-Mobbing!“ zu dem Fall heißt es: „Alle, die solche Vorgehensweisen nicht akzeptieren wollen und können, sind aufgerufen, verstärkt Solidarität mit dem betroffenen Kollegen zu organisieren.“

Dies ist eigentlich die ureigenste Aufgabe der zuständigen IGM-Geschäftsstelle in Heidelberg. Laut RNZ vom 23. April 2022 teilte sie auf Anfrage zu den Vorgängen bei ProMinent mit, dass „ihr der Fall bekannt“ sei ...



Konferenz „BR im Visier“ in Mannheim, 16. Oktober 2021.

Militarismus und Klassenkampf

R. G.

Das Thema des gelungenen Infoabends der ISO Rhein-Neckar im April lautete „Militarismus, Aufrüstung, Krieg – wohin führt die Logik des kapitalistischen Klassenkampfes?“

Unser Referent stellte zu Anfang fest, dass der russische Angriffs-Krieg durch nichts zu rechtfertigen sei. Die NATO sei für die militärische Eskalation zwar mitverantwortlich, aber in diesem Krieg sei Russland der Angreifer. Die besondere Gefahr dieses Krieges sei, dass er sich zu einem dritten, atomar geführten Weltkrieg auf europäischem Boden entwickeln könne.

Kriegspolitik

Dieser Krieg sei die blutig-militärische Fortsetzung des sich seit Jahren zuspitzenden wirtschaftlichen und geopolitischen Konflikts zwischen den NATO-Staaten und Russland. Es sei nicht nur ein Krieg zwischen Russland und der Ukraine, sondern auch ein Krieg zwischen Russland und dem „westlichen“ Block.

Kriege stünden in einem direkten Zusammenhang mit der Entwicklung des Kapitalismus. In den letzten fünf Jahrzehnten hätten Neoliberalismus und kapitalistische Globalisierung nicht zu einer friedlicheren und demokratischeren Welt geführt, sondern die weltweiten Krisen (Klima, Wirtschaft, Ernährung, Gesundheit, Kriegen und Flucht usw.) verstärkt.

Die herrschenden Klassen hätten auf diese Krisen im Kern nur die Antwort „Weiter so“. Das bedeute nichts anderes, als die zerstörerische Ausbeutung von Natur und Mensch fortzusetzen und um Einflusszonen, Bodenschätze und Absatzmärkte zu konkurrieren. Diese Politik habe den gigantischen Reichtum weniger auf Kosten vieler ermöglicht, die Konkurrenz zwischen den kapitalistischen Industriestaaten verschärft und somit die Kriegsgefahr dramatisch gesteigert.

Kriegskapitalismus

Bereits in „Friedenszeiten“ würden die wirtschaftlich starken kapitalistischen Länder einen permanenten wirtschaftlichen Unterwerfungskrieg führen. Die Schwachen müssten sich dabei den Stärkeren fügen. Wer sich widersetze, würde zuerst politisch-diplomatisch, dann wirtschaftlich und zuletzt auch militärisch unter Druck gesetzt.

Um die „eigene“ Bevölkerung von dieser aggressiven Unterwerfungs-Politik zu „überzeugen“, würden sich die herrschenden Klassen reaktionärer Ideologien wie Nationalismus, Rassismus, religiösem Fanatismus und Militarismus bedienen.

Dass derartige Menschenverachtung so viel Zuspruch erfahre, sei eng mit der organisatorischen und politischen Schwächung der internationalen Bewegung der arbeitenden Klasse verbunden. Denn damit sei die einzige soziale Kraft, die auf Krisen und Kriege eine internationalistische Antwort geben könne, nicht im notwendigen Maße handlungsfähig.

Diskussion

Dem Referat folgte eine intensive Diskussion. Einig war man sich im „Nein zum Krieg“. Gemeinsame Sicht war auch, dass Russland in diesem Krieg der zu verurteilende Aggressor und die NATO kein Friedensbündnis sei.

Fragen gab es bezüglich des „Rechts von Nationen auf Selbstverteidigung“ und was dies, gerade auch hinsichtlich der Waffenex-

porte an die Ukraine, konkret bedeute. Eine ablehnende Haltung gab es gegenüber den gegen Russland verhängten Sanktionen. Diese träfen nicht zielgerichtet die Oligarchen und die „Putinisten“, sondern vor allem die arbeitenden Klassen und die Armen.

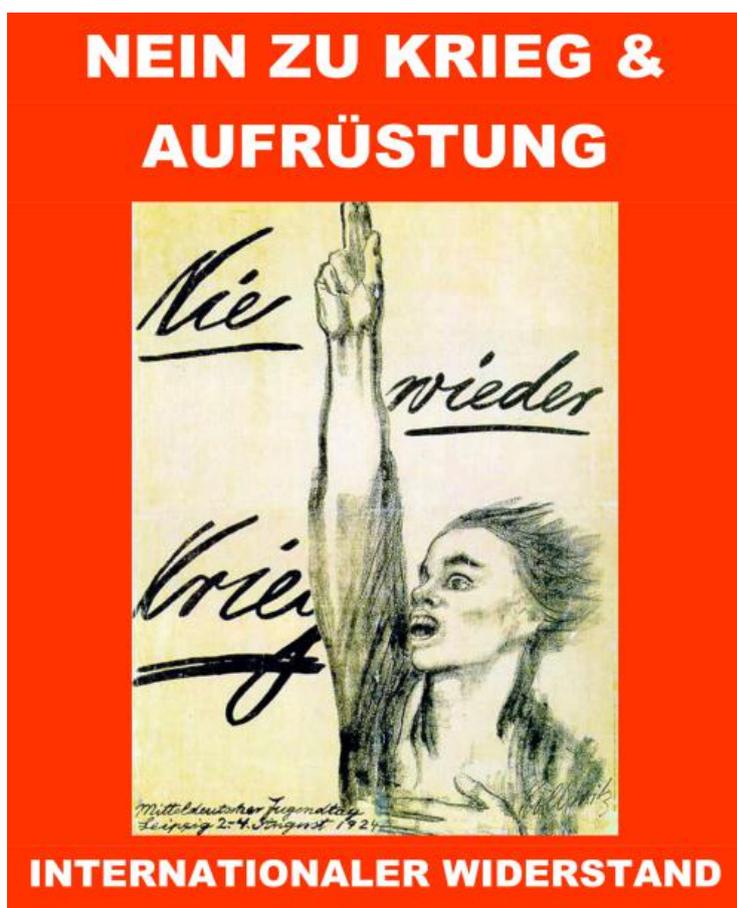
Bei der Entwicklung politischer Positionen und Forderungen müsse von dem, was ist – also der konkreten Situation – ausgegangen werden. Dabei müsse immer die Frage gestellt werden: „Wem nutzt etwas?“. Das heißt, wer wird letztendlich von Forderungen und Entscheidungen profitieren.

Perspektiven

Mehrere Diskutierende betonten, dass ohne die Überwindung des Kapitalismus eine friedliche Welt nicht möglich sei. Wer Krieg ablehne, müsse auch vom Kapitalismus reden. Ein Wissen, das insbesondere innerhalb der arbeitenden Klasse und ihrer Gewerkschaften wieder populär zu machen ist.

Aktuelle Aufgabe der politischen und gewerkschaftlichen Linken sei es, in der Ukraine und Russland diejenigen zu unterstützen, die gegen den Krieg und für die emanzipatorische Überwindung des Kapitalismus kämpfen. Darüber hinaus müsse hierzulande der Widerstand gegen den Militarismus sowie dessen soziale und politische Folgen organisiert werden.

Die politische Linke wird sich leider auch in Zukunft mit Aufrüstung und Krieg beschäftigen müssen. Umso wichtiger ist es, unsere politischen Antworten und Aktivitäten weiterzuentwickeln. ■



Politischer Streik in Deutschland? Ein Tabu mit faschistischen Wurzeln

E. B.

Der Jurist Carl Nipperdey war Mitverfasser des faschistischen „Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit“. Es zementierte damals die Diktatur durch das „Führerprinzip“ in den Betrieben. Arbeiter und Angestellte wurden zu „Gefolgsleuten“ degradiert. Gewerkschaften und Betriebsräte waren verboten. Aktive wurden brutal unterdrückt.

In der BRD setzte Nipperdey zunächst als SPD-Mitglied seine Karriere fort. Er diffamierte den politischen Streik als „Gefährdung des Staates in der Autonomie seiner Willensbildung“ und stieg zum Präsidenten des Bundesarbeitsgerichts auf (1954 bis 1963). In dieser Funktion hat er das sehr eingeschränkte, deutsche Arbeitsrecht bis heute geprägt. Das braune Erbe ist unverkennbar: Verbot politischer Streiks, Pflicht zur Treue für Beschäftigte und kein wirklicher Schutz für „Whistleblower“.

Das hierzulande lediglich durch Rechtsprechung verfügte Verbot politischer Streiks ist undemokratisch. Es verstößt gegen Artikel 6 (4) der Europäischen Menschenrechts- und Sozialcharta, gegen das Übereinkommen 87 (Vereinigungsfreiheit) und 98 (Versammlungsfreiheit) der Internationalen Arbeitsorganisation sowie gegen Artikel 9 (3) Grundgesetz (Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit).

Trotz alledem gab es immer wieder politische Streiks in Deutschland:

- 1968 gegen die Notstandsgesetze
- 1972 gegen den Versuch, Kanzler Willy Brandt zu stürzen

- 1996 gegen den Plan der Regierung Kohl, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall zu kürzen
- 2007 gegen die Rente mit 67.

Angesichts von Aufrüstung, Klimakatastrophe und Gewerkschaftsbekämpfung ist es höchste Zeit, den politischen Streik als Mittel demokratischer Notwehr wieder einzuüben. ■



Transparent der Alstom-Vertrauensleute.

Foto: Privat.

ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- SO, 01.05.2022, 10:00 Uhr, DGB-Demo ab Gewerkschaftshaus MA*
- DO, 05.05.2022, 15:00 Uhr, Hybrides Treffen des Überbetrieblichen Solikomitees*
- SO, 08.05.2022, 11:00 Uhr, Virtuelle politische Bildungsreihe der ISO
- DO, 19.05.2022, 15:00 Uhr, Hybrides Treffen des Überbetrieblichen Solikomitees*
- DO, 19.05.2022, 19:00 Uhr, Viko #ZeroCovid Rhein-Neckar
- SAM, 21.05.2022, 13:00 Uhr, ISO-Seminar „Wie weiter nach den BR-Wahlen?“*
- Mi, 25.05.2022, 19:00 Uhr, Hybrider ISO-Infoabend zu aktuellem Thema*

Vorschau

- 16. – 19.06.2022, Ökosozialistische Konferenz der ISO, Köln*

* [Jeweils mit strikter Beachtung der Gesundheitsschutzregeln.]



Impressum:
ISO Rhein-Neckar
Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim

Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de
Web: www.iso-4-rhein-neckar.de Facebook: www.facebook.com/iso.4.rn

